### **Europarecht**

#### Lecheler / Gundel / Germelmann

3. Auflage 2025 ISBN 978-3-406-60012-8 C.H.BECK

## schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

#### Schriftenreihe der Juristischen Schulung Band 147



# beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

### Europarecht

Begründet von

Dr. Helmut Lecheler o. Professor an der Freien Universität Berlin

Fortgeführt von

Dr. Jörg Gundel o. Professor an der Universität Bayreuth

und

Dr. Claas Friedrich Germelmann
o. Professor an der Leibniz Universität Hannover

3., neu bearbeitete Auflage 2025





ISBN Print 978 3 406 60012 8 ISBN E-Book (ePDF) 978 3 406 73110 5

© 2026 Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG Wilhelmstraße 9, 80801 München info@beck.de Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza Satz: Druckerei C.H.Beck Nördlingen (Adresse wie Verlag) Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig produktsicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten. Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

#### Vorwort

Seit dem Erscheinen der 2. Auflage der "Einführung in das Europarecht" von Helmut Lecheler sind mehr als 20 Jahre vergangen. Die Grundlagen des Rechts der Europäischen Union wie auch die Herausforderungen, vor denen die europäische Integration steht, haben sich in diesem Zeitraum erheblich gewandelt. Die nach dem Scheitern des Verfassungsvertrages durch den Vertrag von Lissabon sowie die Grundrechtecharta geschaffene Ordnung bestimmt seit nunmehr über 15 Jahren die Struktur der Europäischen Union, wobei sich allerdings nicht nur das Sekundärrecht in allen möglichen Bereichen, vielfach auf der Basis der im Vertrag von Lissabon neu geschaffenen Kompetenzen, sondern natürlich auch die Interpretation und Rechtsfortbildung durch den EuGH wesentlich weiterentwickelt haben. Zudem hat die Europäische Union seit dem Beginn der Finanzkrise im Jahre 2008 gleichsam permanent auf krisenhafte Entwicklungen weltweit – zu nennen sind neben der Klimakrise insbesondere der Krieg in der Ukraine – wie auch in ihrem Innern – insbesondere im Beispiel der Rechtsstaatskrise in Polen und Ungarn - reagieren müssen. Dies hat sich nicht nur in einer teilweise gravierenden Neuorientierung der politischen Schwerpunkte der europäischen Integration, sondern auch in der Entwicklung des Europarechts selbst niedergeschlagen. Diese Entwicklungen betreffen die unterschiedlichen Ebenen und Bereiche des Unionsrechts: Von der Änderung des Primärrechts und der Schaffung flankierender völkerrechtlicher Vereinbarungen der Mitgliedstaaten in Reaktion auf die Finanzkrise reichen sie über völkerrechtliche Kooperationen der Europäischen Union im Zuge der Krise des Welthandelssystems hin zu vielfältigen sekundärrechtlichen Neujustierungen unterschiedlicher Politikbereiche der Union in Reaktion auf die diversen Krisen wie im Energie- und Klimarecht oder im Migrationsrecht, Auch das Recht der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik gewinnt in Anbetracht der wachsenden weltweiten Krisen und Konflikte immer stärker an praktischer Bedeutung.

Das Lehrbuch kann und will all diese Entwicklungen nicht im Detail nachzeichnen. Dazu wären deutlich umfangreichere Betrachtungen nötig. Allerdings bilden diese Entwicklungen den Rahmen, in dem das Europarecht heute in der internationalen Ordnung wie auch in den nationalen Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten seine Rolle einnimmt. Es ist dabei nach wie vor ein besonders wirkmächtiges Rechtsgebiet, welches insbesondere das nationale Recht in nahezu allen Sachbereichen durchdringt. Das vorliegende Buch möchte - im Einklang mit den Vorauflagen -Grundsatz- und Systemfragen des Unionsrechts erläutern und die für das Staatsexamen erforderlichen Grundkenntnisse des Rechts der Europäischen Union vermitteln. Hierzu gehören weiterhin die grundlegenden Strukturen und Charakteristika des Unionsrechts (§§ 2, 3), der Überblick über die Organe der Union und ihre Funktionen (§§ 4, 7), die Rechtsquellen und der Grundrechtsschutz (§§ 5, 6) sowie das Rechtsschutzsystem (§ 8), ferner das Binnenmarktrecht der Grundfreiheiten (§ 9), die Grundzüge der Politiken der Union (§ 10) und insbesondere auch die EU-Außenbeziehungen (§ 11). Diese Bereiche decken sicher den Pflichtfachstoff im Europarecht ab. Vertiefungshinweise, die etwa weiterführende Fragen behandeln bzw. sich auf die Inhalte des Schwerpunktstudiums beziehen, sind drucktechnisch gekennzeichnet. Ebenso werden Passagen mit besonders relevanten Grundlageninhalten hervorgehoben, um eine schnelle Wiederholung der essentiellen Inhalte zu ermöglichen und so eine Kern-Lernauswahl zu markieren.

VI Vorwort

Mit der vorliegenden 3. Auflage ist die Bearbeitung des Lehrbuchs in neue Hände übergegangen. Nachdem unser verehrter Lehrer Helmut Lecheler im Jahr 2016 viel zu früh verstorben ist, haben wir das Werk übernommen und legen nun eine vollständig überarbeitete Neuauflage vor. Dabei ist das didaktische Konzept in seiner Grundstruktur beibehalten und fortgeführt worden. Das Buch versucht, die wesentlichen Elemente des Europarechts zu identifizieren und im Zusammenhang ihrer Entwicklung herzuleiten und zu erläutern. Weiterhin werden Literaturnachweise dezidiert nicht nur aus dem deutschsprachigen Schrifttum herangezogen, sondern auch die wichtige englisch- und französischsprachige, zuweilen auch die italienischsprachige europarechtliche Literatur berücksichtigt. Das Buch enthält überdies zur Fallprüfung mehrere Aufbauschemata, die sich freilich als Vorschläge begreifen, sowie zusammenfassende Übersichten. Es bezieht in inhaltlicher Hinsicht eingehend die Judikatur des EuGH und des EuG, welche für Studium und Praxis wie auch für das Verständnis des Europarechts von besonderer Bedeutung ist, in seine Darstellung ein. Hierbei versucht es, die Kernaussagen der Rechtsprechung konzise darzustellen und im relevanten Zusammenhang zu bewerten. Literatur und Rechtsprechung befinden sich grundsätzlich auf dem Stand von April 2025. Das Buch wendet sich in erster Linie an Studierende im Pflichtfach und im Schwerpunktstudium, ferner auch an Referendare und Praktiker. Es kann als Einführung genutzt werden, eignet sich aber auch zur Wiederholung und in seinen weiterführenden Passagen ggf. als Vertiefung für Fortgeschrittene.

Für ihre engagierte Unterstützung bei der Neuauflage danken wir den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Hannover, Frau Josefin Pfaff und Frau Jasmin Wulf sowie Herrn Danny Prieske und Herrn Julian Tschech, sowie in Bayreuth, Frau Sonja Hoffmann, Frau Pia Schönrich, Frau Amelie Tacke und Herrn Philipp Dietz. Für Anregungen und Verbesserungsvorschläge sind wir stets dankbar; sie erreichen uns unter Joerg.Gundel@uni-bayreuth.de sowie LS.Germelmann@jura.uni-hannover.de.

Bayreuth und Hannover, im Juli 2025 Jörg Gundel
Claas Friedrich Germelmann

#### Vorwort zur 2. Auflage

Diese Einführung will Grundkenntnisse des derzeitigen Rechtsbestandes der Europäischen Union vermitteln: die Zusammensetzung und das Funktionieren der Organe, die Rechtsquellen, den Rechtsschutz der Gemeinschaftsbürger, der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaftsorgane (§§ 2–7). Im Anschluss daran erläutert sie die Regeln, nach denen der Binnenmarkt hergestellt wird und funktioniert (Grundfreiheiten und Politiken; §§ 8 und 9). Schließlich werden die Kompetenzen betrachtet, mit denen die Europäische Union am internationalen Rechtsverkehr teilnimmt (Außenkompetenz; § 10).

Die Einführung richtet sich zunächst an Anfänger im Studium des europäischen Rechts, sowohl im Pflicht- wie auch im Wahlfach. Literatur und Rechtsprechung sind im Blick auf das verfolgte didaktische Ziel auf wenige ausgewählte Beispiele beschränkt. Dabei wurde auch die Literatur anderer Mitgliedstaaten mit einbezogen, um deutlich zu machen, dass die Probleme bei der Auslegung und Anwendung des Gemeinschaftsrechts nicht aus der Sicht der deutschen Literatur allein behandelt werden können. Darauf hat Gert Nicolaysen im Vorwort zur 1. Auflage seines "Europarecht I" (Baden-Baden 1991) zu Recht hingewiesen: Ohne die Berücksichtigung der Literatur anderer Länder "ist juristisches Arbeiten im Europarecht nicht möglich". Das gilt im besonderen Maße in Verfahren vor dem EuGH.

Zunehmend müssen sich deutsche Gerichte (v. a. im Rahmen von Vorlageverfahren nach Art. 234 EG) und Rechtsanwälte (im Rahmen von Vorlageverfahren, aber auch bei Nichtigkeitsklagen gegen Entscheidungen der Organe nach Art. 230 EG) mit europäischem Recht befassen. Auch ihnen möchte das vorliegende Buch eine Hilfe zum Verständnis des Gemeinschaftsrechts sein.

Das Buch ist auf der Grundlage des Nizza-Vertrages geschrieben. Auf diesem Stand soll der Leser in das Europarecht eingeführt werden. Neuerungen des Nizza-Vertrages werden als solche nur dort gekennzeichnet, wo es zum Verständnis unerlässlich ist. Der Stand der Konventsarbeiten im Frühjahr 2003 ist, so weit das derzeit sinnvoll ist, berücksichtigt. Die Ergebnisse des Konvents bedürfen noch der Annahme durch den Rat und anschließend der Ratifikation in allen Mitgliedstaaten. Dieser Prozess wird sich mindestens bis Ende 2004 hinziehen. Bis dahin bleibt der Nizza-Vertrag die rechtliche Basis des Gemeinschaftsrechts.

Die Zitierweise der Europäischen Verträge ist derzeit (unerfreulicherweise) unterschiedlich. Auf Wunsch des Verlages folge ich hier der Zitierweise, die der EuGH seit dem 1.5.1999 verwendet (vgl. NJW 2000, 52): Danach steht EU für den Vertrag über die Europäische Union (bisher EUV); EG für den EG-Vertrag (bisher EGV); KS für den – inzwischen ausgelaufenen – EGKS-Vertrag (bisher EGKSV) und EA für den EAG-Vertrag (bisher EAGV).

Das Buch ist grundsätzlich auf dem Stand vom 30.4.2003. Die Arbeiten des Verfassungskonvents sind teilweise noch bis Juli 2003 berücksichtigt.

Eine Einführung muß sich notwendigerweise beschränken. Zur Vertiefung verweise ich daher immer wieder auf das Übungsbuch, welches ich zusammen mit meinem früheren Assistenten und jetzigen Priv.-Doz. Dr. Jörg Gundel verfasst habe (H. Lecheler/J. Gundel, Übungen im Europarecht, 1999).

Auch an diesem Buch hat er wiederum mitgearbeitet, wofür ich ihm herzlich danke. Ebenso danken möchte ich auch meinem engagierten jungen Mitarbeiter-Team, vor allem Frau Blechschmidt und den Herren Germelmann und Oen. Die Neubearbeitung war mit weit mehr Arbeit verbunden als vorhergesehen. Sie hätte ohne bereitwillige Hilfe nur schwer bewältigt werden können.

Wer diese Einführung und das Übungsbuch durchgearbeitet hat, sollte zur Examensreife geführt und fähig sein, sich in spezielle Bereiche des Europäischen Gemeinschaftsrechts einzuarbeiten.

Berlin, 1.8.2003

Helmut Lecheler



#### Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Vorwort zur 2. Auflage	VII
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Literaturverzeichnis	XXV
Literaturverzeiennis	2121 V
§ 1. Einführung: Geschichte und Begriff des Rechts der Europäischen Union	1
I. Die Geschichte: Der Weg der europäischen Einigung	
bis zum Vertrag von Lissabon	1
1. Die Anfänge der Einigung	1
2. "Debout: Europe!" – Neubeginn nach dem 2. Weltkrieg	3
a) Erste Etappe: Die politische Bereinigung der Kriegsfolgen	4
b) Zweite Etappe: Von der Montanunion bis zum Projekt einer	_
europäischen Verteidigungsgemeinschaft	5
c) Dritte Etappe: Gründung und Erfolg der Europäischen Wirtschafts-	6
gemeinschaft	0
Europa (KSZE/OSZE)	7
3. Die Konsolidierung der Einigung	8
a) Die Einheitliche Europäische Akte (EEA)	8
b) Der Vertrag von Maastricht und die Einführung des Unionsvertrages.	9
c) Der Vertrag von Amsterdam	11
d) Der Vertrag von Nizza	12
e) Der Konvent für die Zukunft Europas und der gescheiterte Verfas-	12
sungsvertrag	12
Lissabon	15
g) Gegenwart und Zukunft der europäischen Integration	16
4. Die dominierende Rolle der EU im Europa der Gegenwart	18
a) EU und EFTA: Der Europäische Wirtschaftsraum (EWR)	18
b) Die Rolle des Europarats	19
c) Die Bedeutung der OECD	19
d) Die Wirtschaftskommission der UN für Europa	20
e) Von der WEU zur GSVP	20
II. Das Unionsrecht: Begriff und Zugang	20
§ 2. Die Europäische Union – Struktur, Rechtsnatur, Aufgaben und Ziele	23
I. Die Struktur der Europäischen Union	23
Die Europäische Union als einheitliche internationale Organisation	24
2. Union der Völker und der Staaten Europas	25
3. Funktionen der Europäischen Union	27
II. Die Aufgaben und Ziele der Europäischen Union	28
III. Die Verbandskompetenz der Union	31
1. Der Grundsatz der begrenzten Einzelermächtigung und die Struktur	2.1
der Kompetenzzuweisungen	31
Der Kompetenzgehalt	33 34

X Inhaltsverzeichnis

§ 3. Die	besonderen Charakteristika des Europäischen Unionsrechts
I.	Einheit und Eigenständigkeit der Unionsrechtsordnung  1. Das Unionsrecht als besondere Rechtsordnung des Völkerrechts  a) Bei der Auslegung des Unionsrechts  b) Im Verhältnis vom nationalen Recht zum Unionsrecht  c) Das Verhältnis des Unionsrechts zur Völkerrechtsordnung  40. Der Grundsatz der funktionellen Einheit des Unionsrechts  Jülie Grundsätze der Autonomie des Unionsrechts und des gegenseitigen  Vertrauens der Mitgliedstaaten  4
II.	Die Grundsätze der unmittelbaren Geltung und des Vorrangs des Unionsrechts
b.	Organe der Europäischen Union 5:  Allgemeines 5:  1. Historische Entwicklung 5:  2. Organstruktur 5:  3. Sitz der Organe und Bedienstete 5:  4. Die Sprachenregelung 6:  Der Europäische Rat (Art. 15 EUV, Art. 235 f. AEUV) 6:  1. Die Stellung des Europäischen Rates im institutionellen Gefüge der EU 6:  2. Zusammensetzung und Verfahren des Europäischen Rates 6:  3. Aufgaben des Europäischen Rates 6:  4. Der Präsident des Europäischen Rates 6:  5. Exkurs: Der Hohe Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik (Art. 18 EUV) 6:  Der Rat (Art. 16 EUV, Art. 237 ff. AEUV) 6:
	1. Die Stellung des Rates im institutionellen Gefüge6.2. Zusammensetzung und Vorsitz6.3. Die Beschlussfassung im Rat7.4. Die Aufgaben des Rates7.
IV.	Das Europäische Parlament (Art. 14 EUV, Art. 223 ff. AEUV)7.1. Die Stellung des Europäischen Parlaments im institutionellen Gefüge762. Zusammensetzung763. Wahlen zum Europäischen Parlament774. Die Rolle der Parteien und Fraktionen785. Rechtsstellung der Abgeordneten und parlamentarische Arbeit796. Die Befugnisse des Europäischen Parlaments8
V.	Die Kommission (Art. 17 EUV, Art. 244 ff. AEUV)8.1. Die Stellung der Kommission im institutionellen Gefüge8.2. Zusammensetzung8.a) Verfahren der Benennung und Amtszeit8.b) Das Kollegialprinzip8.3. Aufgaben der Kommission und Instrumentarium8.

Inhaltsverzeichnis XI

VI. Der Gerichtshof der Europäischen Union (Art. 19 EUV, Art. 251 ff. AEUV)	. 8
<ol> <li>Aufgabe und Stellung des Gerichtshofs in der Unionsrechtsordnung</li> <li>Zuständigkeitsverteilung zwischen EuGH und EuG</li> </ol>	. 8
3. Zusammensetzung 4. Satzung und Verfahrensordnung	
VII. Der Rechnungshof (Art. 285 ff. AEUV)	. 9
VIII. Die Europäische Zentralbank (EZB; Art. 282 ff. AEUV)	
Das Europäische System der Zentralbanken (ESZB)      Ziele des ESZB	
Die Organe des ESZB und die Rolle der nationalen Zentralbanken      Die Unabhängigkeit des ESZB	. 9
IX. Die Europäische Investitionsbank (Art. 308 f. AEUV)	. '
X. Der Wirtschafts- und Sozialausschuss (Art. 301 ff. AEUV)	
XI. Der Ausschuss der Regionen (Art. 305 ff. AEUV)	. 1
XII. Der Europäische Bürgerbeauftragte (Ombudsman) (Art. 228 AEUV)	
7	
§ 5. Die Rechtsquellen des europäischen Unionsrechts	. 1
I. Das Unionsprimärrecht	. 1
1. Die von den Mitgliedstaaten geschlossenen völkerrechtlichen Verträge zu	r
Gründung und Ausgestaltung der Europäischen Union	
Protokolle, Satzungen und Erklärungen     Die allgemeinen Rechtsgrundsätze	
II. Exkurs: Völkerrechtliche Verträge der Union und völkerrechtliche	
Verträge der Mitgliedstaaten	. 10
III. Das Unionssekundärrecht	. 10
1. Verordnungen	. 1
2. Richtlinien	. 1
a) Umsetzungsverpflichtung	. 1
b) Wirkung einer Richtlinie vor der Umsetzung	. 1
c) Wirkung einer Richtlinie nach der Umsetzung: Das unionsrechtliche	
Gebot einer richtlinienkonformen Auslegung	
bzw. fehlerhafter Umsetzung	
3. Beschlüsse	
4. Stellungnahmen und Empfehlungen	. 1
6. Mitteilungen	
7. Leitlinien	. 1
8. Interinstitutionelle Vereinbarungen	
IV. Die Normenhierarchie im europäischen Unionsrecht	
V. Die Interpretation des Unionsrechts und die besondere Bedeutung der	
Aufgaben- und Zielbestimmungen	. 1
1. Die Auslegungsmethoden	
a) Wortlautinterpretation	
b) Historische Interpretation	. 1
c) Systematische Interpretation	. 1
d) Teleologische Interpretation	. 1
2. Auslegung in der Normenhierarchie	

XII Inhaltsverzeichnis

	r Schutz der Grundrechte im Unionsrecht
	1 Schutz dei Grundrechte im Omonsfecht
	I. Grundlagen des unionsrechtlichen Grundrechtsschutzes
	1. Entwicklung
	2. Die Europäische Grundrechtecharta
I	I. Der Anwendungsbereich der GRCh: Die Adressaten der Grundrechts-
	geltung
	1. Unionsorgane
	2. Mitgliedstaaten
	3. Private
II	I. Grundrechtsberechtigte
IV	7. Funktionen und Reichweite des Grundrechtsschutzes
	1. Grundrechte und Grundsätze
	2. Grundrechtsfunktionen und Grundrechtskategorien
	a) Abwehrrechte
	b) Leistungs- und Teilhaberechte
	c) Verfahrensrechte
	d) Gleichheitsrechte
V	7. Grundrechtsstrukturen
	1. Anwendungsbereich der GRCh
	2. Schutzbereich
	3. Eingriff
	4. Rechtfertigung
	a) Rechtsgrundlage
	b) Wesensgehalt
	c) Verhältnismäßigkeit d) Sonstiges Primärrecht
	a) oonsuges I illiaireelit
Ų.	CUN-SHUDLUC
	e Funktionen der Unionsorgane
ΛĪ	e Funktionen der Unionsorgane
ΛĪ	e Funktionen der Unionsorgane
٦Į.	e Funktionen der Unionsorgane  I. Vergleichbarkeit mit dem nationalen Gewaltenteilungsmodell?  I. Die Rechtsetzung
\I	e Funktionen der Unionsorgane  I. Vergleichbarkeit mit dem nationalen Gewaltenteilungsmodell?  I. Die Rechtsetzung  1. Die Beteilung der Unionsorgane
٦Į.	e Funktionen der Unionsorgane  I. Vergleichbarkeit mit dem nationalen Gewaltenteilungsmodell?  I. Die Rechtsetzung  1. Die Beteilung der Unionsorgane  2. Gesetzgebungsverfahren  a) Überblick
N	e Funktionen der Unionsorgane  I. Vergleichbarkeit mit dem nationalen Gewaltenteilungsmodell?  I. Die Rechtsetzung  1. Die Beteilung der Unionsorgane  2. Gesetzgebungsverfahren  a) Überblick  b) Die Wahl der richtigen Rechtsgrundlage und der Sonderfall der
\I	e Funktionen der Unionsorgane  I. Vergleichbarkeit mit dem nationalen Gewaltenteilungsmodell?  I. Die Rechtsetzung  1. Die Beteilung der Unionsorgane  2. Gesetzgebungsverfahren  a) Überblick  b) Die Wahl der richtigen Rechtsgrundlage und der Sonderfall der doppelten Rechtsgrundlage
\I	e Funktionen der Unionsorgane  I. Vergleichbarkeit mit dem nationalen Gewaltenteilungsmodell?
\I	e Funktionen der Unionsorgane  I. Vergleichbarkeit mit dem nationalen Gewaltenteilungsmodell?  I. Die Rechtsetzung  1. Die Beteilung der Unionsorgane  2. Gesetzgebungsverfahren  a) Überblick  b) Die Wahl der richtigen Rechtsgrundlage und der Sonderfall der doppelten Rechtsgrundlage  c) Das ordentliche Gesetzgebungsverfahren (Art. 289 I, 294 AEUV)  d) Besondere Gesetzgebungsverfahren (Art. 289 II AEUV)
\I	e Funktionen der Unionsorgane  I. Vergleichbarkeit mit dem nationalen Gewaltenteilungsmodell?  I. Die Rechtsetzung  1. Die Beteilung der Unionsorgane  2. Gesetzgebungsverfahren  a) Überblick  b) Die Wahl der richtigen Rechtsgrundlage und der Sonderfall der doppelten Rechtsgrundlage  c) Das ordentliche Gesetzgebungsverfahren (Art. 289 I, 294 AEUV)  d) Besondere Gesetzgebungsverfahren (Art. 289 II AEUV)  3. Rechtsakte mit Verordnungscharakter
ΛĪ	e Funktionen der Unionsorgane  I. Vergleichbarkeit mit dem nationalen Gewaltenteilungsmodell?  I. Die Rechtsetzung  1. Die Beteilung der Unionsorgane  2. Gesetzgebungsverfahren  a) Überblick  b) Die Wahl der richtigen Rechtsgrundlage und der Sonderfall der doppelten Rechtsgrundlage  c) Das ordentliche Gesetzgebungsverfahren (Art. 289 I, 294 AEUV)  d) Besondere Gesetzgebungsverfahren (Art. 289 II AEUV)  3. Rechtsakte mit Verordnungscharakter  a) Ermächtigungen im Primärrecht
\I	e Funktionen der Unionsorgane  I. Vergleichbarkeit mit dem nationalen Gewaltenteilungsmodell?
\I	e Funktionen der Unionsorgane  I. Vergleichbarkeit mit dem nationalen Gewaltenteilungsmodell?
)	e Funktionen der Unionsorgane  I. Vergleichbarkeit mit dem nationalen Gewaltenteilungsmodell?  I. Die Rechtsetzung  1. Die Beteilung der Unionsorgane  2. Gesetzgebungsverfahren  a) Überblick  b) Die Wahl der richtigen Rechtsgrundlage und der Sonderfall der doppelten Rechtsgrundlage  c) Das ordentliche Gesetzgebungsverfahren (Art. 289 I, 294 AEUV)  d) Besondere Gesetzgebungsverfahren (Art. 289 II AEUV)  3. Rechtsakte mit Verordnungscharakter  a) Ermächtigungen im Primärrecht  b) Ermächtigungen im Sekundärrecht und ihr primärrechtlicher Rahmen  c) Delegierte Rechtsakte  d) Durchführungsrechtsakte
) <mark> </mark>	e Funktionen der Unionsorgane  I. Vergleichbarkeit mit dem nationalen Gewaltenteilungsmodell?  I. Die Rechtsetzung  1. Die Beteilung der Unionsorgane  2. Gesetzgebungsverfahren  a) Überblick  b) Die Wahl der richtigen Rechtsgrundlage und der Sonderfall der doppelten Rechtsgrundlage  c) Das ordentliche Gesetzgebungsverfahren (Art. 289 I, 294 AEUV)  d) Besondere Gesetzgebungsverfahren (Art. 289 II AEUV)  3. Rechtsakte mit Verordnungscharakter  a) Ermächtigungen im Primärrecht  b) Ermächtigungen im Sekundärrecht und ihr primärrechtlicher Rahmen  c) Delegierte Rechtsakte  d) Durchführungsrechtsakte
)   1	e Funktionen der Unionsorgane  I. Vergleichbarkeit mit dem nationalen Gewaltenteilungsmodell?  I. Die Rechtsetzung  1. Die Beteilung der Unionsorgane  2. Gesetzgebungsverfahren  a) Überblick  b) Die Wahl der richtigen Rechtsgrundlage und der Sonderfall der doppelten Rechtsgrundlage  c) Das ordentliche Gesetzgebungsverfahren (Art. 289 I, 294 AEUV)  d) Besondere Gesetzgebungsverfahren (Art. 289 II AEUV)  3. Rechtsakte mit Verordnungscharakter  a) Ermächtigungen im Primärrecht  b) Ermächtigungen im Sekundärrecht und ihr primärrechtlicher Rahmen  c) Delegierte Rechtsakte  d) Durchführungsrechtsakte  I. Der Vollzug des Unionsrechts  1. Institutioneller Rahmen
)   1	e Funktionen der Unionsorgane  I. Vergleichbarkeit mit dem nationalen Gewaltenteilungsmodell?  I. Die Rechtsetzung  1. Die Beteilung der Unionsorgane  2. Gesetzgebungsverfahren  a) Überblick  b) Die Wahl der richtigen Rechtsgrundlage und der Sonderfall der doppelten Rechtsgrundlage  c) Das ordentliche Gesetzgebungsverfahren (Art. 289 I, 294 AEUV)  d) Besondere Gesetzgebungsverfahren (Art. 289 II AEUV)  3. Rechtsakte mit Verordnungscharakter  a) Ermächtigungen im Primärrecht  b) Ermächtigungen im Sekundärrecht und ihr primärrechtlicher Rahmen  c) Delegierte Rechtsakte  d) Durchführungsrechtsakte  I. Der Vollzug des Unionsrechts  1. Institutioneller Rahmen  2. Der direkte Vollzug des Unionsrechts
)   1	e Funktionen der Unionsorgane  I. Vergleichbarkeit mit dem nationalen Gewaltenteilungsmodell?  I. Die Rechtsetzung  1. Die Beteilung der Unionsorgane  2. Gesetzgebungsverfahren  a) Überblick  b) Die Wahl der richtigen Rechtsgrundlage und der Sonderfall der doppelten Rechtsgrundlage  c) Das ordentliche Gesetzgebungsverfahren (Art. 289 I, 294 AEUV)  d) Besondere Gesetzgebungsverfahren (Art. 289 II AEUV)  3. Rechtsakte mit Verordnungscharakter  a) Ermächtigungen im Primärrecht  b) Ermächtigungen im Sekundärrecht und ihr primärrechtlicher Rahmen  c) Delegierte Rechtsakte  d) Durchführungsrechtsakte  I. Der Vollzug des Unionsrechts  1. Institutioneller Rahmen  2. Der direkte Vollzug des Unionsrechts  a) Sachbereiche des eigenen Vollzugs
)   1	e Funktionen der Unionsorgane  I. Vergleichbarkeit mit dem nationalen Gewaltenteilungsmodell?  I. Die Rechtsetzung  1. Die Beteilung der Unionsorgane  2. Gesetzgebungsverfahren  a) Überblick  b) Die Wahl der richtigen Rechtsgrundlage und der Sonderfall der doppelten Rechtsgrundlage  c) Das ordentliche Gesetzgebungsverfahren (Art. 289 I, 294 AEUV)  d) Besondere Gesetzgebungsverfahren (Art. 289 II AEUV)  3. Rechtsakte mit Verordnungscharakter  a) Ermächtigungen im Primärrecht  b) Ermächtigungen im Sekundärrecht und ihr primärrechtlicher Rahmen  c) Delegierte Rechtsakte  d) Durchführungsrechtsakte  I. Der Vollzug des Unionsrechts  1. Institutioneller Rahmen  2. Der direkte Vollzug des Unionsrechts  a) Sachbereiche des eigenen Vollzugs  b) Der Sonderfall der Wettbewerbs- und Beihilfenaufsicht
) [ <sup>1</sup>	e Funktionen der Unionsorgane  I. Vergleichbarkeit mit dem nationalen Gewaltenteilungsmodell?  I. Die Rechtsetzung  1. Die Beteilung der Unionsorgane  2. Gesetzgebungsverfahren  a) Überblick  b) Die Wahl der richtigen Rechtsgrundlage und der Sonderfall der doppelten Rechtsgrundlage  c) Das ordentliche Gesetzgebungsverfahren (Art. 289 I, 294 AEUV)  d) Besondere Gesetzgebungsverfahren (Art. 289 II AEUV)  3. Rechtsakte mit Verordnungscharakter  a) Ermächtigungen im Primärrecht  b) Ermächtigungen im Sekundärrecht und ihr primärrechtlicher Rahmen  c) Delegierte Rechtsakte  d) Durchführungsrechtsakte  I. Der Vollzug des Unionsrechts  1. Institutioneller Rahmen  2. Der direkte Vollzug des Unionsrechts  a) Sachbereiche des eigenen Vollzugs  b) Der Sonderfall der Wettbewerbs- und Beihilfenaufsicht  c) Ausführung des Haushaltsplans und unionsinterne Verwaltung
)   1	e Funktionen der Unionsorgane  I. Vergleichbarkeit mit dem nationalen Gewaltenteilungsmodell?  I. Die Rechtsetzung  1. Die Beteilung der Unionsorgane  2. Gesetzgebungsverfahren  a) Überblick  b) Die Wahl der richtigen Rechtsgrundlage und der Sonderfall der doppelten Rechtsgrundlage  c) Das ordentliche Gesetzgebungsverfahren (Art. 289 I, 294 AEUV)  d) Besondere Gesetzgebungsverfahren (Art. 289 II AEUV)  3. Rechtsakte mit Verordnungscharakter  a) Ermächtigungen im Primärrecht  b) Ermächtigungen im Sekundärrecht und ihr primärrechtlicher Rahmen  c) Delegierte Rechtsakte  d) Durchführungsrechtsakte  I. Der Vollzug des Unionsrechts  1. Institutioneller Rahmen  2. Der direkte Vollzug des Unionsrechts  a) Sachbereiche des eigenen Vollzugs  b) Der Sonderfall der Wettbewerbs- und Beihilfenaufsicht  c) Ausführung des Haushaltsplans und unionsinterne Verwaltung  3. Der indirekte Vollzug des Unionsrechts durch die Mitgliedstaaten  a) Grundlagen
)   1	e Funktionen der Unionsorgane  I. Vergleichbarkeit mit dem nationalen Gewaltenteilungsmodell?  I. Die Rechtsetzung  1. Die Beteilung der Unionsorgane  2. Gesetzgebungsverfahren  a) Überblick  b) Die Wahl der richtigen Rechtsgrundlage und der Sonderfall der doppelten Rechtsgrundlage  c) Das ordentliche Gesetzgebungsverfahren (Art. 289 I, 294 AEUV)  d) Besondere Gesetzgebungsverfahren (Art. 289 II AEUV)  3. Rechtsakte mit Verordnungscharakter  a) Ermächtigungen im Sekundärrecht  b) Ermächtigungen im Sekundärrecht und ihr primärrechtlicher Rahmen  c) Delegierte Rechtsakte  d) Durchführungsrechtsakte  I. Institutioneller Rahmen  2. Der Vollzug des Unionsrechts  a) Sachbereiche des eigenen Vollzugs  b) Der Sonderfall der Wettbewerbs- und Beihilfenaufsicht  c) Ausführung des Haushaltsplans und unionsinterne Verwaltung  3. Der indirekte Vollzug des Unionsrechts durch die Mitgliedstaaten  a) Grundlagen  b) Modifikation der Widerruf- und Rücknahmevorschriften der §§ 48, 49
) [ <sup>1</sup>	e Funktionen der Unionsorgane  I. Vergleichbarkeit mit dem nationalen Gewaltenteilungsmodell?  I. Die Rechtsetzung  1. Die Beteilung der Unionsorgane  2. Gesetzgebungsverfahren  a) Überblick  b) Die Wahl der richtigen Rechtsgrundlage und der Sonderfall der doppelten Rechtsgrundlage  c) Das ordentliche Gesetzgebungsverfahren (Art. 289 I, 294 AEUV)  d) Besondere Gesetzgebungsverfahren (Art. 289 II AEUV)  3. Rechtsakte mit Verordnungscharakter  a) Ermächtigungen im Primärrecht  b) Ermächtigungen im Sekundärrecht und ihr primärrechtlicher Rahmen  c) Delegierte Rechtsakte  d) Durchführungsrechtsakte  I. Der Vollzug des Unionsrechts  1. Institutioneller Rahmen  2. Der direkte Vollzug des Unionsrechts  a) Sachbereiche des eigenen Vollzugs  b) Der Sonderfall der Wettbewerbs- und Beihilfenaufsicht  c) Ausführung des Haushaltsplans und unionsinterne Verwaltung  3. Der indirekte Vollzug des Unionsrechts durch die Mitgliedstaaten  a) Grundlagen

Inhaltsverzeichnis XIII

	d) Modifikation der Anordnung des Sofortvollzugs durch nationale	
	Behördene) Modifikation der Befugnisse der Gerichte im vorläufigen Rechtsschutz	173
	f) Förderung der Kooperation der Verwaltungen der Mitgliedstaaten	174 175
	IV. Die außervertragliche Haftung der Union und die Staatshaftung der	
	Mitgliedstaaten für Verletzungen des Unionsrechts	176
	1. Außervertragliche Haftung der Union für fehlerhaftes Verhalten	176
	a) Anspruchsgrundlage	176
	b) Anspruchsvoraussetzungen	176
	c) Haftungsumfang	178
	2. Die Haftung der Mitgliedstaaten für Verstöße gegen Unionsrecht	178
	a) Herleitung	178
	b) Anspruchsgegner	180
	c) Anspruchsvoraussetzungen	180
	d) Haftungsumfang	182
	e) Umsetzung des Anspruchs im nationalen Recht	182
8 8.	Der Rechtsschutz im Recht der Europäischen Union	185
0		
	I. Das Rechtsschutzsystem der Europäischen Union	185
	1. Umfassende Kompetenz des EuGH und des EuG	185
	2. Verfahrensarten	186 187
	Die dualistische Struktur des Rechtsschutzes im Unionsrecht     Effektiver Rechtsschutz und Rechtsschutzlücken?	188
	II. Vertragsverletzungsverfahren (Art. 258–260 AEUV)	190
	1. Zuständigkeit	190
	2. Klageberechtigung	190 191
	3. Klagegegner  4. Klagegegenstand	191
	5. Vorverfahren	192
	a) Bei einem Antrag der Kommission	192
	b) Bei einem Antrag eines Mitgliedstaats	192
	6. Rechtsschutzinteresse	193
	7. Frist, Form und Inhalt des Urteils	193
	8. Durchsetzung des Urteils	193
	III. Nichtigkeitsklage (Art. 263 AEUV)	195
	1. Zuständigkeit	195
	2. Klagegegenstand	196
	3. Passivlegitimation	198
	4. Klageberechtigung	198
	a) Die verschiedenen Gruppen der Klageberechtigten	198
	b) Klageberechtigung der privilegierten Kläger	198
	c) Klageberechtigung teilprivilegierter Kläger	198
	d) Klageberechtigung nicht privilegierter Kläger	199
	5. Prüfungsmaßstab und Klagegründe	202
	6. Vorverfahren	203
	7. Klagefrist und Klageform	203
	8. Urteilswirkungen (Fehlerfolgen)	204 205
	10. Durchsetzung	205
	IV. Untätigkeitsklage (Art. 265 AEUV)	206
	Zuständigkeit     Klagegegenstand: Unterlassung eines Beschlusses	206 207
	3. Passivlegitimation	207
	4. Klageberechtigung	207

XIV Inhaltsverzeichnis

5. Vorverfahren und Frist	208
6. Wirkung des Urteils	208
V. Vorabentscheidungsverfahren (Art. 267 AEUV)	209
1. Zuständigkeit	210
2. Vorlageberechtigung: Der Begriff des Gerichts in Art. 267 AEUV	210
Vorlagegenstand: Unionsrecht     Erforderlichkeit der Vorlage: Entscheidungserheblichkeit	211
und "echter Rechtsstreit"	213
5. Form und nationales Verfahren	214
6. Fristen und Eilverfahren	214
7. Vorlageberechtigung und Vorlagepflicht	214
a) Vorlagepflicht nach Art. 267 III AEUV	215
b) Vorlagepflicht zur Feststellung der Ungültigkeit von Sekundärrecht	217
c) Ausnahmen von der Vorlagepflicht	218
8. Sanktionen bei einer Verletzung der Vorlagepflicht	220
9. Entscheidungswirkungen	221
a) Auslegungsentscheidungen	221
b) Ungültigerklärung	221
10. Verhältnis des Vorlageverfahrens zur Nichtigkeitsklage	222
VI. Amtshaftungsklage (Art. 268 iVm Art. 340 II, III AEUV)	223
1. Zuständigkeit	224
2. Aktivlegitimation	224
3. Passivlegitimation	224
4. Klagegegenstand	224
5. Klagefrist	225
VII. Erstattung von Gutachten (Art. 218 XI AEUV)	225
1. Zuständigkeit	225
2. Antragsberechtigung	225
3. Antragsgegenstand	225
VIII. Weitere Zuständigkeiten des Gerichtshofs und des Gerichts	226
_	
IX. Vorläufiger Rechtsschutz im Unionsrecht	227
X. Durchsetzung und Vollstreckung von Urteilen	228
9. Die Grundfreiheiten des Unionsrechts	229
I. Zielsetzung und Adressaten der Grundfreiheiten	229
1. Adressaten 2. Abgrenzung zu den Grundrechten	229 230
3. Entwicklungsoffenheit und Konvergenz der Grundfreiheiten	232
II. Zollunion und freier Warenverkehr (Art. 28-37 AEUV)	233
1. Das System der Zollunion	234
2. Der Warenbegriff	235
3. Zollgebiet, Zollverwaltung und Gemeinsamer Zolltarif	236
4. Das Verbot der Zölle und Abgaben gleicher Wirkung zwischen den	220
Mitgliedstaaten (Art. 30 AEUV)	238
a) Verbot von Zöllenb) Verbot der Abgaben gleicher Wirkung	238
c) Abgrenzung von den inländischen Abgabensystemen	238 239
d) Tatbestandsausnahmen, aber keine Rechtfertigungsmöglichkeit	240
	∠+∪
III. Der freie Warenverkehr: Verbot mengenmäßiger Beschränkungen und	
Maßnahmen gleicher Wirkung (Art. 34-37 AEUV)	241
1. Das Verbot mengenmäßiger Beschränkungen sowie aller Maßnahmen	
gleicher Wirkung	242
a) Adressaten	242

Inhaltsverzeichnis XV

	b) Sachlicher Anwendungsbereich und Gewährleistungsgehalt der Ver-	2.12
	bote  2. Verengung des Tatbestands auf ein Diskriminierungsverbot für "bestimmte Verkaufsmodalitäten": Die Keck-Rechtsprechung  3. Rechtfertigung mitgliedstaatlicher Einschränkungen  a) Geschriebene Rechtfertigungsgründe (Art. 36 AEUV)  b) Ungeschriebene Rechtfertigungsgründe: Die "zwingenden Erfordernisse" der Cassis-Formel	243 246 250 250 253
	c) Schranken-Schranken	255 257
IV.	Die Freizügigkeit der Arbeitnehmer (Art. 45-48 AEUV)	258
	Persönlicher Schutzbereich     Der Gewährleistungsgehalt der Arbeitnehmerfreizügigkeit     a) Inhalte der Arbeitnehmerfreizügigkeit     b) Reichweite der Gewährleistung: Diskriminierungs- und Beschrän-	258 260 260
	kungsverbot  3. Tatbestandsausnahme für die Beschäftigung in der öffentlichen Verwaltung (Art. 45 IV AEUV)  4. Rechtfertigung von Eingriffen	261 263 264
v	Die Niederlassungsfreiheit (Art. 49-55 AEUV)	266
٧.	Persönlicher Schutzbereich	266 267
	a) Inhaltliche Reichweite	267
	b) Diskriminierungs- oder Beschränkungsverbot	268
	c) Das Problem der Inländerdiskriminierung	270
	3. Ausnahmen für die Teilhabe an der Ausübung öffentlicher Gewalt	271
	(Art. 51 AEUV) 4. Rechtfertigung von Eingriffen	271
	1. Itechticitiguitg von Emgimen	
		274
VI	5. Harmonisierung oder gegenseitige Anerkennung	274
VI.	5. Harmonisierung oder gegenseitige Anerkennung  Die Dienstleistungsfreiheit (Art. 56–62 AEUV)	274 275
VI.	5. Harmonisierung oder gegenseitige Anerkennung  Die Dienstleistungsfreiheit (Art. 56–62 AEUV)  1. Persönlicher Geltungsbereich	274
VI.	5. Harmonisierung oder gegenseitige Anerkennung  Die Dienstleistungsfreiheit (Art. 56–62 AEUV)  1. Persönlicher Geltungsbereich  2. Sachlicher Anwendungsbereich	274 275 276
VI.	5. Harmonisierung oder gegenseitige Anerkennung  Die Dienstleistungsfreiheit (Art. 56–62 AEUV)  1. Persönlicher Geltungsbereich 2. Sachlicher Anwendungsbereich a) Definition b) Erbringungsformen	274 275 276 276 276 277
VI.	5. Harmonisierung oder gegenseitige Anerkennung  Die Dienstleistungsfreiheit (Art. 56–62 AEUV)  1. Persönlicher Geltungsbereich 2. Sachlicher Anwendungsbereich a) Definition b) Erbringungsformen c) Abgrenzung von anderen Grundfreiheiten	274 275 276 276 276 277 277
VI.	5. Harmonisierung oder gegenseitige Anerkennung  Die Dienstleistungsfreiheit (Art. 56–62 AEUV)  1. Persönlicher Geltungsbereich 2. Sachlicher Anwendungsbereich a) Definition b) Erbringungsformen c) Abgrenzung von anderen Grundfreiheiten 3. Reichweite des Gewährleistungsgehalts	274 275 276 276 276 277 277 278
VI.	5. Harmonisierung oder gegenseitige Anerkennung  Die Dienstleistungsfreiheit (Art. 56–62 AEUV)  1. Persönlicher Geltungsbereich 2. Sachlicher Anwendungsbereich a) Definition b) Erbringungsformen c) Abgrenzung von anderen Grundfreiheiten 3. Reichweite des Gewährleistungsgehalts a) Beschränkungsverbot	274 275 276 276 276 277 277 278 278
VI.	5. Harmonisierung oder gegenseitige Anerkennung  Die Dienstleistungsfreiheit (Art. 56–62 AEUV)  1. Persönlicher Geltungsbereich 2. Sachlicher Anwendungsbereich a) Definition b) Erbringungsformen c) Abgrenzung von anderen Grundfreiheiten 3. Reichweite des Gewährleistungsgehalts a) Beschränkungsverbot b) Diskriminierungsverbot	274 275 276 276 276 277 277 278
VI.	5. Harmonisierung oder gegenseitige Anerkennung  Die Dienstleistungsfreiheit (Art. 56–62 AEUV)  1. Persönlicher Geltungsbereich 2. Sachlicher Anwendungsbereich a) Definition b) Erbringungsformen c) Abgrenzung von anderen Grundfreiheiten 3. Reichweite des Gewährleistungsgehalts a) Beschränkungsverbot b) Diskriminierungsverbot 4. Ausnahme bei der Ausübung öffentlicher Gewalt 5. Rechtfertigungsgründe	274 275 276 276 276 277 277 278 278 278 279
VI.	5. Harmonisierung oder gegenseitige Anerkennung  Die Dienstleistungsfreiheit (Art. 56–62 AEUV)  1. Persönlicher Geltungsbereich 2. Sachlicher Anwendungsbereich a) Definition b) Erbringungsformen c) Abgrenzung von anderen Grundfreiheiten 3. Reichweite des Gewährleistungsgehalts a) Beschränkungsverbot b) Diskriminierungsverbot 4. Ausnahme bei der Ausübung öffentlicher Gewalt 5. Rechtfertigungsgründe 6. Schranken-Schranken	274 275 276 276 276 277 277 278 278 279 280
VI.	5. Harmonisierung oder gegenseitige Anerkennung  Die Dienstleistungsfreiheit (Art. 56–62 AEUV)  1. Persönlicher Geltungsbereich 2. Sachlicher Anwendungsbereich a) Definition b) Erbringungsformen c) Abgrenzung von anderen Grundfreiheiten 3. Reichweite des Gewährleistungsgehalts a) Beschränkungsverbot b) Diskriminierungsverbot 4. Ausnahme bei der Ausübung öffentlicher Gewalt 5. Rechtfertigungsgründe 6. Schranken-Schranken 7. Dienstleistungsmonopole	274 275 276 276 276 277 277 278 278 279 280 281
	5. Harmonisierung oder gegenseitige Anerkennung  Die Dienstleistungsfreiheit (Art. 56–62 AEUV)  1. Persönlicher Geltungsbereich 2. Sachlicher Anwendungsbereich a) Definition b) Erbringungsformen c) Abgrenzung von anderen Grundfreiheiten 3. Reichweite des Gewährleistungsgehalts a) Beschränkungsverbot b) Diskriminierungsverbot 4. Ausnahme bei der Ausübung öffentlicher Gewalt 5. Rechtfertigungsgründe 6. Schranken-Schranken 7. Dienstleistungsmonopole 8. Sekundärrecht zum Abbau von Beschränkungen: Harmonisierung und gegenseitige Anerkennung	274 275 276 276 276 277 277 278 278 279 280 281 282
	5. Harmonisierung oder gegenseitige Anerkennung  Die Dienstleistungsfreiheit (Art. 56–62 AEUV)  1. Persönlicher Geltungsbereich 2. Sachlicher Anwendungsbereich a) Definition b) Erbringungsformen c) Abgrenzung von anderen Grundfreiheiten 3. Reichweite des Gewährleistungsgehalts a) Beschränkungsverbot b) Diskriminierungsverbot 4. Ausnahme bei der Ausübung öffentlicher Gewalt 5. Rechtfertigungsgründe 6. Schranken-Schranken 7. Dienstleistungsmonopole 8. Sekundärrecht zum Abbau von Beschränkungen: Harmonisierung und gegenseitige Anerkennung	274 275 276 276 276 277 277 278 278 279 280 281 282 283
	5. Harmonisierung oder gegenseitige Anerkennung  Die Dienstleistungsfreiheit (Art. 56–62 AEUV)  1. Persönlicher Geltungsbereich 2. Sachlicher Anwendungsbereich a) Definition b) Erbringungsformen c) Abgrenzung von anderen Grundfreiheiten 3. Reichweite des Gewährleistungsgehalts a) Beschränkungsverbot b) Diskriminierungsverbot 4. Ausnahme bei der Ausübung öffentlicher Gewalt 5. Rechtfertigungsgründe 6. Schranken-Schranken 7. Dienstleistungsmonopole 8. Sekundärrecht zum Abbau von Beschränkungen: Harmonisierung und gegenseitige Anerkennung  Die Freiheit des Kapital- und Zahlungsverkehrs (Art. 63–66 AEUV) 1. Persönlicher Anwendungsbereich	274 275 276 276 276 277 277 278 278 279 280 281 282 283
	5. Harmonisierung oder gegenseitige Anerkennung  Die Dienstleistungsfreiheit (Art. 56–62 AEUV)  1. Persönlicher Geltungsbereich  2. Sachlicher Anwendungsbereich  a) Definition  b) Erbringungsformen  c) Abgrenzung von anderen Grundfreiheiten  3. Reichweite des Gewährleistungsgehalts  a) Beschränkungsverbot  b) Diskriminierungsverbot  4. Ausnahme bei der Ausübung öffentlicher Gewalt  5. Rechtfertigungsgründe  6. Schranken-Schranken  7. Dienstleistungsmonopole  8. Sekundärrecht zum Abbau von Beschränkungen: Harmonisierung und gegenseitige Anerkennung  Die Freiheit des Kapital- und Zahlungsverkehrs (Art. 63–66 AEUV)  1. Persönlicher Anwendungsbereich  2. Sachlicher Anwendungsbereich	274 275 276 276 276 277 277 278 279 280 281 282 283 283 284 285 285
	5. Harmonisierung oder gegenseitige Anerkennung  Die Dienstleistungsfreiheit (Art. 56–62 AEUV)  1. Persönlicher Geltungsbereich  2. Sachlicher Anwendungsbereich  a) Definition  b) Erbringungsformen  c) Abgrenzung von anderen Grundfreiheiten  3. Reichweite des Gewährleistungsgehalts  a) Beschränkungsverbot  b) Diskriminierungsverbot  4. Ausnahme bei der Ausübung öffentlicher Gewalt  5. Rechtfertigungsgründe  6. Schranken-Schranken  7. Dienstleistungsmonopole  8. Sekundärrecht zum Abbau von Beschränkungen: Harmonisierung und gegenseitige Anerkennung  Die Freiheit des Kapital- und Zahlungsverkehrs (Art. 63–66 AEUV)  1. Persönlicher Anwendungsbereich  2. Sachlicher Anwendungsbereich  3. Abgrenzung von anderen Grundfreiheiten	274 275 276 276 276 277 277 278 279 280 281 282 283 283 284 285 285 286
	5. Harmonisierung oder gegenseitige Anerkennung  Die Dienstleistungsfreiheit (Art. 56–62 AEUV)  1. Persönlicher Geltungsbereich 2. Sachlicher Anwendungsbereich a) Definition b) Erbringungsformen c) Abgrenzung von anderen Grundfreiheiten 3. Reichweite des Gewährleistungsgehalts a) Beschränkungsverbot b) Diskriminierungsverbot 4. Ausnahme bei der Ausübung öffentlicher Gewalt 5. Rechtfertigungsgründe 6. Schranken-Schranken 7. Dienstleistungsmonopole 8. Sekundärrecht zum Abbau von Beschränkungen: Harmonisierung und gegenseitige Anerkennung  Die Freiheit des Kapital- und Zahlungsverkehrs (Art. 63–66 AEUV) 1. Persönlicher Anwendungsbereich 2. Sachlicher Anwendungsbereich 3. Abgrenzung von anderen Grundfreiheiten 4. Gewährleistungsgehalt	274 275 276 276 276 277 277 278 278 279 280 281 282 283 284 285 285 286 287
VII.	5. Harmonisierung oder gegenseitige Anerkennung  Die Dienstleistungsfreiheit (Art. 56–62 AEUV)  1. Persönlicher Geltungsbereich 2. Sachlicher Anwendungsbereich a) Definition b) Erbringungsformen c) Abgrenzung von anderen Grundfreiheiten 3. Reichweite des Gewährleistungsgehalts a) Beschränkungsverbot b) Diskriminierungsverbot 4. Ausnahme bei der Ausübung öffentlicher Gewalt 5. Rechtfertigungsgründe 6. Schranken-Schranken 7. Dienstleistungsmonopole 8. Sekundärrecht zum Abbau von Beschränkungen: Harmonisierung und gegenseitige Anerkennung  Die Freiheit des Kapital- und Zahlungsverkehrs (Art. 63–66 AEUV) 1. Persönlicher Anwendungsbereich 2. Sachlicher Anwendungsbereich 3. Abgrenzung von anderen Grundfreiheiten 4. Gewährleistungsgehalt 5. Rechtfertigung von Einschränkungen	274 275 276 276 276 277 277 278 279 280 281 282 283 283 284 285 285 286
VII.	5. Harmonisierung oder gegenseitige Anerkennung  Die Dienstleistungsfreiheit (Art. 56–62 AEUV)  1. Persönlicher Geltungsbereich 2. Sachlicher Anwendungsbereich a) Definition b) Erbringungsformen c) Abgrenzung von anderen Grundfreiheiten 3. Reichweite des Gewährleistungsgehalts a) Beschränkungsverbot b) Diskriminierungsverbot 4. Ausnahme bei der Ausübung öffentlicher Gewalt 5. Rechtfertigungsgründe 6. Schranken-Schranken 7. Dienstleistungsmonopole 8. Sekundärrecht zum Abbau von Beschränkungen: Harmonisierung und gegenseitige Anerkennung  Die Freiheit des Kapital- und Zahlungsverkehrs (Art. 63–66 AEUV) 1. Persönlicher Anwendungsbereich 2. Sachlicher Anwendungsbereich 3. Abgrenzung von anderen Grundfreiheiten 4. Gewährleistungsgehalt 5. Rechtfertigung von Einschränkungen  Die Unionsbürgerschaft (Art. 20–25 AEUV) und das	274 275 276 276 276 277 278 278 279 280 281 282 283 283 284 285 285 286 287 287
VII.	5. Harmonisierung oder gegenseitige Anerkennung  Die Dienstleistungsfreiheit (Art. 56–62 AEUV)  1. Persönlicher Geltungsbereich 2. Sachlicher Anwendungsbereich a) Definition b) Erbringungsformen c) Abgrenzung von anderen Grundfreiheiten 3. Reichweite des Gewährleistungsgehalts a) Beschränkungsverbot b) Diskriminierungsverbot 4. Ausnahme bei der Ausübung öffentlicher Gewalt 5. Rechtfertigungsgründe 6. Schranken-Schranken 7. Dienstleistungsmonopole 8. Sekundärrecht zum Abbau von Beschränkungen: Harmonisierung und gegenseitige Anerkennung  Die Freiheit des Kapital- und Zahlungsverkehrs (Art. 63–66 AEUV) 1. Persönlicher Anwendungsbereich 2. Sachlicher Anwendungsbereich 3. Abgrenzung von anderen Grundfreiheiten 4. Gewährleistungsgehalt 5. Rechtfertigung von Einschränkungen  Die Unionsbürgerschaft (Art. 20–25 AEUV) und das allgemeine Diskriminierungsverbot (Art. 18 AEUV)	274 275 276 276 276 277 277 278 279 280 281 282 283 283 284 285 285 286 287 287
VII.	5. Harmonisierung oder gegenseitige Anerkennung  Die Dienstleistungsfreiheit (Art. 56–62 AEUV)  1. Persönlicher Geltungsbereich 2. Sachlicher Anwendungsbereich a) Definition b) Erbringungsformen c) Abgrenzung von anderen Grundfreiheiten 3. Reichweite des Gewährleistungsgehalts a) Beschränkungsverbot b) Diskriminierungsverbot 4. Ausnahme bei der Ausübung öffentlicher Gewalt 5. Rechtfertigungsgründe 6. Schranken-Schranken 7. Dienstleistungsmonopole 8. Sekundärrecht zum Abbau von Beschränkungen: Harmonisierung und gegenseitige Anerkennung  Die Freiheit des Kapital- und Zahlungsverkehrs (Art. 63–66 AEUV) 1. Persönlicher Anwendungsbereich 2. Sachlicher Anwendungsbereich 3. Abgrenzung von anderen Grundfreiheiten 4. Gewährleistungsgehalt 5. Rechtfertigung von Einschränkungen  Die Unionsbürgerschaft (Art. 20–25 AEUV) und das allgemeine Diskriminierungsverbot (Art. 18 AEUV) 1. Die Unionsbürgerschaft	274 275 276 276 276 277 277 278 279 280 281 282 283 283 284 285 285 286 287 287
VII.	5. Harmonisierung oder gegenseitige Anerkennung  Die Dienstleistungsfreiheit (Art. 56–62 AEUV)  1. Persönlicher Geltungsbereich 2. Sachlicher Anwendungsbereich a) Definition b) Erbringungsformen c) Abgrenzung von anderen Grundfreiheiten 3. Reichweite des Gewährleistungsgehalts a) Beschränkungsverbot b) Diskriminierungsverbot 4. Ausnahme bei der Ausübung öffentlicher Gewalt 5. Rechtfertigungsgründe 6. Schranken-Schranken 7. Dienstleistungsmonopole 8. Sekundärrecht zum Abbau von Beschränkungen: Harmonisierung und gegenseitige Anerkennung  Die Freiheit des Kapital- und Zahlungsverkehrs (Art. 63–66 AEUV) 1. Persönlicher Anwendungsbereich 2. Sachlicher Anwendungsbereich 3. Abgrenzung von anderen Grundfreiheiten 4. Gewährleistungsgehalt 5. Rechtfertigung von Einschränkungen  Die Unionsbürgerschaft (Art. 20–25 AEUV) und das allgemeine Diskriminierungsverbot (Art. 18 AEUV)	274 275 276 276 276 277 277 278 279 280 281 282 283 283 284 285 285 286 287 287

XVI Inhaltsverzeichnis

c) Diplomatischer und konsularischer Schutz	294
d) Petitionsrecht und Europäische Bürgerinitiative	294
3. Das allgemeine Diskriminierungsverbot	295
§ 10. Politiken der Union – Überblick	297
I. Die allgemeine Rechtsangleichungskompetenz für den Binnenmarkt	
(Art. 114 AEUV)	297
1. Abgrenzung zwischen Art. 114 und 115 AEUV und zu anderen	298
Kompetenznormen	300
II. Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) (Art. 38 ff. AEUV)	302
1. Sachlicher Anwendungsbereich	302
2. Ziele der GAP	302
3. Kompetenzen und Instrumente der GAP	303
III. Verkehrspolitik (Art. 90 ff. AEUV)	304
IV. Wettbewerbspolitik und Beihilfenaufsicht (Art. 101 ff. AEUV)	305
1. Art. 101, 102 f. AEUV	305
a) Das Kartellverbot (Art. 101 AEUV)b) Das Verbot des Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung	305
(Art. 102 AEUV)	307
2. Sekundärrecht auf der Grundlage von Art. 103 AEUV	309
a) Die Fusionskontrollverordnung b) Die Kartellverordnung	309 310
3. Öffentliche Unternehmen und Dienstleistungen von allgemeinem	310
wirtschaftlichem Interesse (Art. 106 AEUV)	310
4. Beihilfenrecht und Beihilfenaufsicht (Art. 107 ff. AEUV)	312 313
b) Tatbestandsvoraussetzungen des Art. 107 I AEUV	314
c) Rechtfertigungsgründe	317
d) Das Verfahren der Beihilfenaufsichte) Die Rechte der Beteiligten und ihre Klagebefugnis	317 320
V. Sozialpolitik (Art. 151 ff. AEUV) und Beschäftigungspolitik	320
(Art. 145 ff. AEUV)	321
1. Sozialpolitik	321
2. Beschäftigungspolitik	322
VI. Verbraucherschutz (Art. 169 AEUV) und Gesundheitspolitik	
(Art. 168 AEUV)  1. Verbraucherschutz	323 323
2. Gesundheitspolitik	323
VII. Umweltpolitik (Art. 191 ff. AEUV) und Energiepolitik (Art. 194 AEUV).	325
1. Umweltpolitik	325
a) Reichweite der Kompetenz und Verfahren	326
b) Tätigkeitsfelder und Prinzipien der Unionsumweltpolitik	327 327
2. Elici grepolitik	321
§ 11. Die Außenbeziehungen der Europäischen Union	331
I. Außenbeziehungen und Völkerrechtsfähigkeit der Union	331
II. Außenkompetenzen der Union	332
1. Außenwirkung der Zollunion	333
a) Der Gemeinsame Zolltarifb) Rechtssetzungsbefugnis, Ertragshoheit, Verwaltungshoheit	333
c) Zollpräferenzen	334 335

Inhaltsverzeichnis XV	rzeichnis	XVII
-----------------------	-----------	------

Die Gemeinsame Handelspolitik     a) Die Bedeutung der Gemeinsamen Handelspolitik und die Wirkung von	336
	336
Handelsabkommen im Unionsrecht	
b) Gegenstände der Gemeinsamen Handelspolitik	338
c) Organkompetenz	341
d) Handelspolitische Schutzmaßnahmen	342
e) Wirtschaftssanktionen und Embargos	342
f) Sondervorschriften für internationale Verkehrsabkommen	343
3. Entwicklungspolitische Abkommen und humanitäre Hilfe	344
4. Die Kompetenz zum Abschluss von Assoziationsabkommen	345
a) Assoziierungskompetenz und Wirkungen des Assoziationsrechts	346
b) Fallgruppen und Beispiele	347
5. Sonstige spezielle Außenkompetenzen	350
6. Die allgemeine Auffangnorm für die Außenkompetenzen der Union	
(Art. 216 AEUV)	352
a) Historische Entwicklung	352
b) Tatbestand des Art. 216 AEUV	354
c) Verhältnis zur Kompetenz der Mitgliedstaaten	355
7. Wirkungen und Verhältnis zu den völkerrechtlichen Abkommen der	
Mitgliedstaaten	356
a) Das Verhältnis zum Benelux-Abkommen	357
b) Die Grenzen der Fortgeltung von früheren Verträgen der Mitglied-	
staaten	357
III. Das Verfahren beim Abschluss von völkerrechtlichen	
Abkommen	358
IV Compingano Aufon and Sighanhaitanalitik (CASD)	261
IV. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)	361
hack chan de	
achverzeichnis	365
- dans annabian	

## DIE FACHBUCHHANDLUNG

# beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG